



MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Joachim Winkler
Pressesprecher
Telefon 06131 16-3460
joachim.winkler@mdi.rlp.de

Schillerplatz 3-5
55116 Mainz
Pressestelle@mdi.rlp.de

Verfassungsschutz

Handreichung Vorstellung Verfassungsschutzbericht 2015

1. Rechtsextremismus

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus ist und bleibt eine zentrale gesellschaftspolitische Herausforderung und wichtige Aufgabe der Landesregierung. Er steht demnach im besonderen Fokus des Verfassungsschutzes.

Allgemeines

Das rechtsextremistische Personenpotenzial stieg 2015 nach mehreren Jahren rückläufiger Entwicklung bundesweit wieder an; in Rheinland-Pfalz blieb es mit rund 650 Personen konstant.

Anhaltend Anlass zur Sorge gibt, dass im Bundesgebiet nahezu jeder zweite erkannte Rechtsextremist als gewaltorientiert bezeichnet werden kann. In Rheinland-Pfalz ist es zwar etwa jeder vierte Rechtsextremist. Allerdings gilt auch hier: Jeder Einzelne ist einer zu viel! Es bleibt nämlich die stete Gefahr, dass Einzelne oder kleine Gruppen sich Schritt für Schritt radikalisieren und sodann letztlich in den Terrorismus abgleiten können. Ein aktuelleres Beispiel hierfür ist die mutmaßliche terroristische Gruppierung „Oldschool Society“ (OSS), die im Frühjahr 2015 von den Sicherheitsbehörden - auch unter Beteiligung des rheinland-pfälzischen Verfassungsschutzes - rechtzeitig zerschlagen wurde, bevor sie erste Aktionen in die Tat umsetzen konnte.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Ebenso von Bedeutung geblieben ist das neonazistische Spektrum. Der überwiegende Teil dieses Personenpotenzials bleibt zwar strukturell eher vage und ungebunden, was dem gängigen Selbstverständnis als sogenannte Freie Kräfte entspricht. Eine Reihe von Neonazis hat sich allerdings den Kleinparteien „Der III. Weg“ und „DIE RECHTE“ angeschlossen und prägt diese Gruppierungen nicht nur ideologisch. Sie nutzen nicht zuletzt den Schutz des Parteienprivilegs, um staatlichen Maßnahmen auszuweichen. Ihre Position hat sich - allerdings regional unterschiedlich akzentuiert - weiter gefestigt.

Unter den rechtsextremistischen Parteien dominiert nach wie vor die bundesweit organisierte und agierende „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Ihre ideologische Durchdringung mit Gedankengut, das im engen Kontext mit dem historischen Nationalsozialismus steht, ist ebenso offenkundig wie ihre systematisch und aggressiv betriebene fremdenfeindliche, antisemitische und völkisch-nationalistische Agitation sowie Hetze gegen den Staat und seine Repräsentanten. Den demokratischen Rechtsstaat vehement abzulehnen, sich aber mittels Parteienfinanzierung von ihm alimentieren zu lassen, bleibt dabei eine von vielen Widersprüchlichkeiten.

Für nahezu alle rechtsextremistischen Gruppierungen sind zur Verbreitung einschlägigen Gedankenguts und vor allem zur netzwerkfördernden szeneeinternen Kommunikation das Internet, soziale Foren und Dienste wie WhatsApp von erheblichem Belang. Quasi in Echtzeit erfolgt ein ereignisbezogener Austausch. Immer stärker rückt dabei in den Vordergrund, Nachrichten auch zu manipulieren, um gezielt zu desinformieren. Auch in diesem Fall ist aktuell ein - wenn nicht der - zentrale Bezugspunkt das Themenfeld Asyl.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Agitation und Aktionen gegen Asylsuchende

Die Zahl der Asylsuchenden, die aufgrund von Kriegen, politischen und wirtschaftlichen Krisen sowie Menschenrechtsverletzungen Schutz in Deutschland begehren, hat sich 2015 bekanntermaßen erheblich erhöht. Rechtsextremisten missbrauchen diesen Umstand und haben Agitation und Aktionismus rund um das Themenfeld Asyl und Flüchtlingsbewegungen erheblich intensiviert. Die diesbezüglichen Statistiken, so die Polizeiliche Kriminalstatistik - rechts, dokumentieren u.a. einen gegenüber 2014 drastischen Anstieg der entsprechenden Fallzahlen bundesweit. Der Trend des Jahres 2015 setzt sich auch 2016 weiter fort.

Rheinland-Pfalz ist von der Entwicklung nicht ausgenommen, wenngleich das Bundesland im Ländervergleich keinen hervorstechenden Schwerpunkt darstellt. Auch in Rheinland-Pfalz stiegen die Zahlen rechtsextremistisch motivierter Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlingseinrichtungen vergleichsweise stark an. Während 2014 in Rheinland-Pfalz lediglich eine solche Straftat festgestellt werden konnte, waren es 2015 insgesamt 29, darunter acht Gewaltdelikte.

Rechtsextremisten, vor allem aus dem Parteienspektrum, haben 2015 auch in Rheinland-Pfalz nachhaltig agitiert und tun dies weiterhin. Exemplarisch sind vor allem die Parteien „Der III. Weg“ und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) zu nennen. Insbesondere im Zuge des Landtagswahlkampfes Anfang 2016 wurde die von diesen Gruppierungen ausgehende Hetze weiter verstärkt. Die bei der Landtagswahl am 13. März 2016 erzielten Stimmenanteile (NPD: 0,5 %, 2011: 1,1 % und „Der III. Weg“: 0,1 %, erstmalige Teilnahme) dokumentieren, dass für beide Parteien die Rechnung, auf Diffamierung und Ausgrenzung zu setzen, allerdings nicht aufging.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Aktionismus und Agitation der Rechtsextremisten zielen in erster Linie darauf ab, die öffentliche Meinung gegen Asylsuchende aufzubringen, indem Ressentiments und Ängste gezielt geschürt werden, um sie letztlich für eigene Interessen zu instrumentalisieren. Entsprechende Aktivitäten von Rechtsextremisten waren 2015 - und sind es auch heute - in diesem Sinne auch vornehmlich dort feststellbar, wo neue Asyleinrichtungen entstehen sollten (sollen), sowie vereinzelt in sogenannten sozialen Brennpunkten. Im Fokus der Agitation standen in einigen Fällen neben den Flüchtlingen selbst auch politisch Verantwortliche und hauptberuflich wie ehrenamtlich vor Ort Tätige. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Vorgehensweise zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen könnte.

Wichtige Instrumente für die rechtsextremistische Agitation gegen Asylsuchende sind das Internet und die sozialen Medien. Entsprechende Darstellungen haben 2015 an Quantität und Intensität deutlich zugenommen und waren einerseits bestimmt von zum Teil beispielloser Hetze und massiver Kritik an der Flüchtlingspolitik (nach Ansicht der Rechtsextremisten führen die europäischen Regierungen einen „Krieg gegen die Identität der europäischen Völker“) sowie den Medien (Schlagwort: „Lügenpresse“). Für Übergriffe auf Asylbewerberunterkünfte wurde offen zumindest Verständnis bekundet, wie folgendes Beispiel zeigt: „Wir von der Partei „Der III. Weg“ leisten weiterhin politischen Widerstand, können aber Deutsche verstehen, die darüber hinaus aktiv sind.“

Bei ihrer Agitation gegen Asylsuchende geben sich Rechtsextremisten allerdings bisweilen - zumindest vordergründig - zurückhaltend und versuchen, Rechtsverstöße zu vermeiden. Man will sich auf diese Weise als „Kümmerer“ in Szene setzen, der für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eintritt. So wird zum Teil sogar betont, dass man nichts gegen Kriegsflüchtlinge habe. Im gleichen Kontext wird jedoch generalisierend den Flüchtlingen „Asylmissbrauch“ oder „Sozialbetrug“ unterstellt und ohne se-



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

riöse Belege eine (angeblich) höhere Kriminalität unter den Asylsuchenden unterstellt. Letzthin wird so ein subjektives Bedrohungsszenario durch die Behauptung propagiert, dass Deutschland eine „Überfremdung“ durch Asylsuchende drohe, die schlussendlich zum „Volkstod“ führe.

In diesem Sinne wurden auch bürgerliche Demonstrationen gegen Asyleinrichtungen 2015 häufiger von Rechtsextremisten aufgesucht, als dies in den Vorjahren der Fall war. Rechtsextremisten mischten sich dabei unter die Demonstranten und gaben sich häufig nicht als solche zu erkennen. Dahinter dürfte auch die Absicht gestanden haben, die Stimmung der Demonstranten auf subtile Weise zu beeinflussen. Es ist zudem davon auszugehen, dass auch einige kurzlebige Facebook-Seiten von regional begrenzten, nichtextremistischen Gruppierungen in Rheinland-Pfalz, die sich kritisch mit dem Themenkomplex Asyl befassten, teilweise durch Rechtsextremisten beeinflusst wurden.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass Rechtsextremisten insgesamt als geistige Brandstifter agieren und die Gefahr politisch motivierter Kriminalität hierdurch erhöhen.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Statistische Angaben Rechtsextremismus

Personenpotenzial

	2015	2014
Gesamt	650	650
Gewaltorientierte*	150	150
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	40	40
Neonazis	200	200
Parteien	250	250

Angaben gerundet, Gesamtzahlen ohne Mehrfachmitgliedschaften.

* Die Zahl der Gewaltorientierten beinhaltet vor allem das subkulturelle Potenzial und einen Teil der Neonazis.

Politisch motivierte Kriminalität - rechts

Die Zahl politisch motivierter Straftaten - rechts - belief sich im Jahr 2015 in Rheinland-Pfalz auf 701 und stieg damit gegenüber dem Vorjahr deutlich an (2014: 521). Von den 701 registrierten Straftaten waren 395 sogenannte Propagandadelikte nach §§ 86 und 86a Strafgesetzbuch (StGB), die die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen sowie das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen unter Strafe stellen (2014: 359). Die Zahl der in den Straftaten enthaltenen Gewalttaten (ohne Sachbeschädigungen) stieg auf 47 (2014: 33). In 35 Fällen handelte es sich dabei um Körperverletzungsdelikte (2014: 29).

Insgesamt 29 der 701 Straftaten richteten sich gegen Asylrichtungen, darunter acht Gewaltdelikte.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

	2015	2014
Gewalttaten - rechts:	47	33
Körperverletzungen	35	29
Brand-/Sprengstoffanschläge	6	-
Landfriedensbruch	2	1
Andere Gewaltdelikte	4	3

Die Angaben sind der rheinland-pfälzischen Polizeilichen Kriminalstatistik entnommen.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

2. Islamismus

Der Islamismus weist insbesondere zwei Wesensbestandteile auf:

1. die Ableitung einer rechtlichen und politischen Ordnung aus der islamischen Religion,
2. die stete Bewertung von politischen und gesellschaftlichen Vorgängen nach dem Kriterium der Religionszugehörigkeit, hierbei die Darstellung der Muslime als Opfer von Gewalt und Diskriminierung und der Nichtmuslime als Verursacher.

Innerhalb des Islamismus stellt der Salafismus eine besonders rigide Strömung dar, die sich teilweise mit dem Jihadismus überschneidet. Jihadisten vertreten in Worten und Taten ein gewaltsames Jihad-Verständnis, das bis zum Einsatz terroristischer Mittel reicht.¹

Das Jahr 2015 begann mit einer Kampfansage islamistisch motivierter Terroristen gegen Frankreich. Am 7. Januar töteten Terroristen im Auftrag von „Al-Qaida auf der Arabischen Halbinsel“ bei einem Angriff auf die Redaktionsräume der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ in Paris zwölf Personen. Zwei Tage später endete die Geiselnahme in einem Pariser Lebensmittelgeschäft durch einen Attentäter der Organisation „Islamischer Staat“ (IS) ebenfalls gewaltsam.

¹ Das ursprünglich breite Bedeutungsspektrum des arabischen Begriffs Jihad, das von der Bemühung des Einzelnen um eine islamische Lebensführung (sogenannter Großer Jihad) bis zum Einsatz für den Islam – seine Verteidigung ebenso wie seine Verbreitung (sogenannter Kleiner Jihad) – reicht, wird von gewaltbereiten Islamisten auf den militanten Aspekt verengt. Mehr noch, der kämpferische Jihad wird von ihnen als Terror fehlgedeutet und entsprechend praktiziert.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Der Terror kehrte am 13. November mit voller Wucht in die französische Hauptstadt zurück. Bei einer koordinierten Serie von Anschlägen wurden 137 Personen getötet und mehr als 350 Personen teils schwer verletzt (Stand: 5. Januar 2016).

Diese Anschläge und weitere sicherheitsrelevante Vorfälle in Europa verdeutlichen, dass der Terrorismus islamistischer Prägung insbesondere mit der Ausrufung des Kalifats durch den IS im Jahr 2014 eine neue Dimension erreicht hat. Sowohl die zahlreichen Verlautbarungen als auch die Aktivitäten des IS sind unverkennbarer Ausdruck seiner Strategie, den Terror über die Nahostregion und Teile Afrikas hinaus nach Europa auszudehnen.

Deutschland blieb vom Terror bisher verschont. Gleichwohl gingen im Jahresverlauf 2015 bei den Sicherheitsbehörden vermehrt ernstzunehmende Hinweise auf die Gefährdung z.B. von Großveranstaltungen ein. Vor allem aber gibt es Faktoren, die perspektivisch eine fortbestehende oder gar verstärkte Gefährdung für die Bundesrepublik Deutschland begründen:

- Der Zulauf zum Salafismus hielt 2015 an. Die Zahl der Salafisten lag nach Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden Ende 2015 bundesweit bei 8.350 Personen (2014: 7.000) und in Rheinland-Pfalz bei ca. 120 Personen (2014: 100). Innerhalb des Salafismus sind ein gewaltfreies und ein gewaltorientiertes Teilspektrum zu unterscheiden. Die meisten bislang identifizierten terroristischen Netzwerkstrukturen und Einzelpersonen entstammen diesem letztgenannten Teilspektrum.
- Das Kriegsgeschehen in Syrien und Teilen des Irak veranlasste 2015 zwar weniger Islamisten zur Ausreise als im Vorjahr. Im Ganzen betrug die Zahl der in den letzten Jahren bekannt gewordenen Ausreisefälle bis zum Jahresende



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

2015 aber mehr als 790 und lag damit höher als je zuvor (in Rheinland-Pfalz 15 bekannt gewordene Ausreisefälle). Mit einer Ausreise ist nicht nur die Gefahr einer weiteren Radikalisierung, des Anschlusses an eine Terrororganisation und des Erwerbs von Kampferfahrung vor Ort verknüpft, sondern auch einer späteren Rückkehr mit möglichen Anschlägsabsichten.

Terroristische Einzeltäter und Gruppierungen stellen den extremsten Flügel innerhalb des Phänomenbereichs Islamismus dar. Mehrheitlich wenden Islamisten keine Gewalt zur Erreichung ihrer Ziele an. Es sollte indessen nicht übersehen werden, dass auch gewaltfreie Islamisten ein Weltbild propagieren, das von pauschalen Negativzuschreibungen gegenüber Nichtmuslimen gekennzeichnet ist und insoweit zu einer Feindbildverinnerlichung und Radikalisierung beitragen kann.

Darüber hinaus stehen die Rechtsvorstellungen auch gewaltfreier Islamisten in mehreren Punkten im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung, zum Beispiel im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Männern und Frauen sowie die Glaubens- und Meinungsfreiheit. Die Aktivitäten islamistischer Organisationen sind auf die Verbreitung ihres Weltbildes innerhalb der muslimischen Gemeinschaft und darüber hinaus die verstärkte politische und gesellschaftliche Mitbestimmung in Deutschland ausgerichtet

Statistische Angaben Islamismus

Personenpotenzial

Islamisten Gesamt

2015	2014
550	610

Angaben gerundet



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

3. Linksextremismus

Linksextremistische Bestrebungen zielen auf die Überwindung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, an deren Stelle ein sozialistisches oder anarchistisches System errichtet werden soll. Revolutionär-marxistische Organisationen setzen dabei auf traditionelle Konzepte eines langfristig ausgerichteten Klassenkampfes, während Anarchisten (Autonome) nach einem freien, selbstbestimmten Leben in „herrschaftsfreien“ Räumen streben. Die unterschiedlichen Aktionsformen von Linksextremisten reichen von offener Agitation bis hin zu massiver Gewaltanwendung als zentralem Bestandteil ihres Kampfes gegen „staatliche Repression“.

Wichtigstes Aktionsfeld von Linksextremisten in Rheinland-Pfalz bleibt der „Antifaschismus“ mit der vordergründigen Bekämpfung des Rechtsextremismus. Im Mittelpunkt stehen dabei umfangreiche Recherchen zu rechtsextremistischen Organisationen und Einzelpersonen, mit dem Ziel, sie in der Öffentlichkeit bloßzustellen. Das Thema „Antirassismus“, das eng mit der Entwicklung der Flüchtlingspolitik (Asylrecht) verknüpft ist, hat weiter an Bedeutung gewonnen. Anlässlich der Innenministerkonferenz (IMK) in Mainz zum zentralen Thema „Flüchtlinge/Asylanten“ kam es zu Aktionen örtlicher Linksextremisten.

Die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main im März 2015 führte zu umfänglichen „antikapitalistischen“ Protesten und massiven Ausschreitungen durch militante Autonome.

Weitestgehend unauffällig blieben in Rheinland-Pfalz erneut revolutionär-marxistische Organisationen wie beispielsweise die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP).



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Statistische Angaben Linksextremismus

Personenpotenzial

	2015	2014
Gesamt	500	500
Gewaltbereite	100	100
Marxisten-Leninisten und sonstige revolutionäre Marxisten	400	400

Gesamtzahlen ohne Mehrfachmitgliedschaften.

Die Zahlenangaben sind zum Teil geschätzt und gerundet.

Politisch motivierte Kriminalität - rechts

Insgesamt wurden 2015 im Bereich Politisch motivierte Kriminalität – links in Rheinland-Pfalz 73 Straftaten gezählt (2014: 54). Dabei führten Wahlkampfveranstaltungen und Versammlungen wie z. B. am 8. Februar 2015 in Ludwigshafen am Rhein oder auch die drei Brandanschläge am 26. Juni 2015 im Zusammenhang mit der Innenministerkonferenz in Mainz zu einem anlassbezogenen Straftatenanstieg.

	2015	2014
Gewalttaten - links:	16	10
Körperverletzungen	9	8
Landfriedensbruch	3	-
Brand-/Sprengstoffdelikte	3	-
Widerstandsdelikte	1	1
Andere Gewaltdelikte	-	1



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

4. Nichtislamistischer Extremismus von Ausländern

Der nichtislamistische Ausländerextremismus ist in Rheinland-Pfalz vorwiegend von linksextremistischen und ethnisch motivierten Autonomiebestrebungen geprägt; insgesamt werden rund 600 Personen extremistischen Ausländerorganisationen zugeordnet.

Politik, Strategie und Aktivitäten von Ausländerorganisationen in Deutschland werden maßgeblich von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern bestimmt. Deutschland dient vielen dieser in ihrem Heimatland zum Teil terroristisch agierenden Organisationen als sicherer Rückzugsraum; von hier aus werden die heimatlichen, zentralen Organisationseinheiten propagandistisch, aber auch materiell und finanziell unterstützt.

Besondere Bedeutung kommt in Rheinland-Pfalz der seit 1993 in Deutschland verboten und seit 2002 von der EU als terroristische Organisation gelistete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) zu, die zur Verwirklichung ihrer Ziele im Kampf gegen den türkischen Staat fortgesetzt auf terroristische Mittel zurückgreift.

Insbesondere in der zweiten Jahreshälfte 2015 eskalierte der Konflikt zwischen dem türkischen Staat und der PKK. Verstärkte Kampfhandlungen von beiden Seiten führten zu einer deutlich verschärften Sicherheitslage in der Türkei. Die PKK-Anhängerschaft in Deutschland reagierte darauf mit zahlreichen Protestveranstaltungen; überwiegend Jugendliche führten Besetzungsaktionen gegen Medienanstalten und Flughäfen sowie eine Reihe von Brandanschlägen gegen türkische (halb-) staatliche Einrichtungen durch.



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

Statistische Angaben nichtislamistischer Extremismus von Ausländern

Personenpotenzial

	2015	2014
Gesamt	600	600
Linksextremisten	500	500
Extreme Nationalisten	100	100

(Angaben gerundet)

Politisch motivierte Kriminalität - Ausländer

Insgesamt wurden 2015 im Bereich Politisch motivierte Kriminalität – Ausländer in Rheinland-Pfalz 36 Straftaten gezählt, davon zwei Gewalttaten (2014: 26, davon eine Gewalttat).



PRESSEDIENST

MINISTERIUM DES INNERN UND FÜR SPORT

Mainz, 27. Juni 2016

5. Spionage

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor ein prioritäres Ausspähungsziel fremder Nachrichtendienste. Dies belegt allein die anhaltend hohe Präsenz von erkannten Nachrichtendienstmitarbeitern an sogenannten Legalresidenturen fremder Staaten in Deutschland.

Neben dem unverzichtbaren Einsatz menschlicher Quellen zur Informationsgewinnung setzen die Nachrichtendienste fremder Staaten vermehrt auf die Sammlung elektronischer Daten, die durch die zunehmende Vernetzung offen zugänglich sind oder durch Cyberattacken illegal beschafft werden. Durch die stetig wachsende Nutzung sogenannter smarterer Technologien in allen Lebens- und Arbeitsbereichen verschieben sich Informationen aus der realen in die virtuelle Welt und werden zu weltweit verfügbaren und von fremden Nachrichtendiensten begehrten Daten.

6. Verfassungsschutz - Strukturdaten

Der vom Landtag Rheinland-Pfalz beschlossene Haushaltsplan der Verfassungsschutzbehörde Rheinland-Pfalz weist für 2015 insgesamt 162 Stellen (2016: 165) aus.

Das Budget für Verwaltungsausgaben ohne Personalkosten im Haushaltsjahr 2015 betrug 1.400.000 € und 600.000 € für Investitionen.